

## Im Herzen der Finsternis

### Offene Fragen im Zusammenhang mit der Taoufik-Affäre

Vor einem Jahrzehnt, am 31. März 2003, verübte der Luxemburger Staat mit einer gewaltsamen Hausdurchsuchung in „Islamistenkreisen“ einen medienwirksamen Schlag gegen den Terrorismus: Polizisten der Spezialeinheit USP stürmten mit Rammbock und Maschinenpistolen 20 Familienwohnungen (davon zwei aus Versehen). Das *Luxemburger Wort* qualifizierte die Aktion als „durchaus positiven – wenn auch bescheidenen – Ansatz im Kampf gegen den internationalen Terrorismus“.

Auf die monatelang vorbereitete Razzia folgte keine einzige Anklage. Zurück blieben traumatisierte Familien und (mindestens) ein gebrochenes Leben: Salmi Taoufik Kalifi, einer der visierten „Terroristen“ wurde am 3. April 2003 nach Tunesien ausgewiesen (unter welchen Umständen, ist bis heute nicht bekannt). Sein Anwalt wies den Staatsminister darauf hin, dass Taoufik in Tunesien politisch verfolgt werde. Er solle stattdessen in seine zweite Heimat, Bosnien, ausgewiesen werden, wo er im Bürgerkrieg an der Seite der bosnischen Truppen gekämpft und seine Frau kennengelernt hatte. Noch am Flughafen von Tunis wurde Taoufik festgenommen und während seiner „Untersuchungshaft“ gefoltert. Die Folter dauerte 39 Tage, jeweils von morgens 6 bis abends 8, berichtete Taoufik acht Jahre später, nach seiner Freilassung, der *Revue*: „Sie legten mich in Ketten, schlugen mich mit Stuhl- und Tischbeinen am ganzen Körper und hängten mich mit dem Kopf nach unten an der Decke auf.“ Eine Rechtsanwältin bestätigte der *Revue* den Verdacht auf Folter. (2011 antwortete der Premierminister auf eine diesbezügliche parlamentarische Frage: „Luxemburg hat keinen Einfluss auf den Ablauf der juristischen Prozeduren, in die Herr Kalifi in Tunesien verwickelt sein konnte“.)

Gegenüber der Presse meinte Jean-Claude Juncker 2003: „Seien Sie froh, dass er nicht mehr zu Lande ist“. Dem folgte die Bemerkung: „Frau und Kinder wurden mit ausgewiesen. Es soll niemand sagen, wir würden Familien auseinander reißen“. 2004 griff die ARD-Sendung „Panorama“ den Zwischenfall auf. Daraufhin rechtfertigte Juncker sich erneut vor der Presse: geheimdienstliche und polizeiliche Erkenntnisse hätten den Einsatz gerechtfertigt. André Kemmer, der 2003 in der Kriminalpolizei für die Bekämpfung des Terrorismus zuständig war, bestätigte vor wenigen Wochen im parlamentarischen Untersuchungsausschuss zur Geheimdienstaffäre, es habe damals einen Informationsaustausch zwischen Polizei, Justiz und Geheimdienst gegeben. Im Zusammenhang mit der geplanten Razzia könnte es also die erste Verbindung zwischen ihm, Mille und Schneider gegeben haben. Juncker erklärte 2004 während eines Pressebriefings ebenfalls, dass das Parlament im Vorfeld nicht über die geplante Razzia informiert worden war. Ende 2002 hätte die Regierung den Fraktionschefs ihren damaligen Kenntnisstand jedoch geschildert. Als Anlass dafür nannte Juncker den am 10. Oktober 2002 im *Jéudi* erschienenen Artikel mit Insiderinformationen über angebliche Terrornetzwerke in Luxemburg. Woher kamen die Informationen und welches Interesse gab es daran, diese Drohkulisse aufzubauen?

Die Ligue des droits de l'homme hat kürzlich ihre Fragen über die Taoufik-Affäre an die Untersuchungskommission weitergeleitet: Kamen für die Razzia auch Informationen von ausländischen Geheimdiensten? (Hier dürfte v. a. die Frage der Zusammenarbeit mit den staatlichen Stellen Ben Alis oder George W. Bushs von öffentlichem Interesse sein.) Die Kommissionsmitglieder entschieden am 1. März, sich mit diesen Fragen im Rahmen ihrer Untersuchungen über die Missstände beim Geheimdienst nicht beschäftigen zu wollen.